





angewendet. In anderthalbtausend Fällen sind im letzten Jahr Deutsche zumeist wegen Bagatelldelicten vor das fremde Militärgericht gestellt worden. Auf der anderen Seite sind mehr als 100 Fälle von Ausschreitungen des fremden Militärs zu verzeichnen. Die Gehelmpolitik ist eine Tätigkeit, die vom Standpunkt der deutschen Staatsicherheit auf das Schärffste beanstandet werden muß. Die Verbungen zur Fremdenlegion dauern fort. Die Befehlshaber zeigen im einzelnen oft guten Willen, an dem Gesamtergebnis wird dadurch nichts geändert. Zur Entschärfung der Frage erklärt der Staatssekretär, daß im laufenden Jahr unter die Rhein- und Ruhrrentschätzung der Schlussschritt gezogen werden müsse. Bei Schluß der Redaktion spricht Abgeordneter Dr. Gander (Dnat.).

## Dr. Koch und die Reichsflagge.

### Die Reichsbahn-Anleihe genehmigt.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte am Donnerstag die Beratung des Etats des Reichsministeriums fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Helmann (Soz.) die Erklärung ab, daß seine Mitteilungen über den Zwischenfall auf dem Berliner Flughafen auf unrichtigen Informationen beruht haben. Der Minister habe eine Befehls, die deutsche Nationalflagge herunterzuholen, nicht gegeben. Er habe nur verlangt, daß neben der türkischen Flagge auch deutsche Flaggen gehißt werden, und zwar neben der deutschen Nationalflagge die Handelsflagge. Da diese Darstellung sich mit den Angaben des Ministers Koch nicht decken, nahm Helmann seine Angriffe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Dagegen stellte er fest, daß sich die Auseinandersetzung im Ausschuss der Flughafen-Gesellschaft über den Erlaß der Flaggennormung so abgepielt habe, wie er sie dargestellt hat.

Der Antrag, die Handelsflagge Schwarzweißrot für die Reichsbahn zu flagen, wurde gegen die Stimmen der Vertreter des Reiches angenommen.

Das Wort zu der Erklärung Helmanns wurde nicht verlangt, so daß der Vorsitzende, Abg. Schulz-Bronberg (Dnat.), feststellte, daß damit die Angelegenheit erledigt sei.

Der Ausschuss beschäftigte sich sodann mit der Erstellung einer Ermächtigung an die Reichsregierung zur Übernahme der Garantie für eine 4prozentige Anleihe der Reichsbahn. Von einem Bankenkonsortium sollen 100 Millionen Reichsbahnobligationen sofort, weitere 100 Millionen in drei Monaten übernommen werden, während der Rest der Anleihe von 25 Millionen von der Reichsbahn selbst übernommen wird. Entsprechend den Bedingungen der im Jahre 1928 ausgegebenen Anleihe der Reichsbahn soll auch in diesem Falle das Reich die Garantie für eine Dividende von 7 Proz. übernehmen.

Nach einer kurzen Aussprache, in der der Reichswehrminister Koch darauf hinwies, daß die Anleihe die Voraussetzung für die Erteilung neuer Aufträge an die Industrie darstelle, wurde die Übernahme der Garantie durch das Reich bewilligt.

## Wann sollen Zeugen vereidigt werden?

### Neue Vorschläge der Regierung. — Scharfe Kritik der Sozialdemokratie.

Zur Neuregelung der Eidespflicht hat die Reichsregierung dem Strafrechtsausschuß über den Meineid Vorschläge unterbreitet. Danach soll in Privatklagen und bei Uebertretungen die Vereidigung eines Zeugen unterbleiben, es sei denn, daß sie zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit der Aussage erforderlich ist oder von einem Mitglied des Gerichts verlangt oder von der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger, dem Beschuldigten oder den Verteidigern beantragt wird. Genosse Rosenfeld hob das Unzureichende dieser Bestimmungen hervor. Wenn der Eid nur unterbleiben könne, falls

# Poincaré als Filmheld.

## Eine Finanzüberraschung angekündigt. — Die Rheinlanddebatte wird abgedroffelt

Paris, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Nach dem neuesten Stand der Dinge scheint es sicher zu sein, daß zunächst Poincaré heute mittag in der Kammer das Wort ergreifen wird, um seinen großen Reichenschaftsbericht über die Finanzpolitik zu erstatten, während die Antwort Briands an Stresemann vertagt wird, eventuell sogar bis zum nächsten Dienstag. Augenscheinlich hat man das Bestreben, die Rheinlanddebatte durch die große Finanzrede Poincarés zu erledigen. Dieser Eindruck wird besonders deutlich, wenn man sieht, mit welcher sensationeller Regie die Poincaré-Rede in Szene gesetzt wird. Nicht nur soll die heutige Kammerführung zum erstenmal in der Geschichte verfilmt werden, man kündigt auch an, daß Poincaré in seiner Rede der gesamten Öffentlichkeit eine große Überraschung bereiten werde. Im Zusammenhang damit sind auch Gerüchte entstanden, wonach die geistliche Stabilisierung des Franken direkt im Anschluß an diese Rede durchgeführt werden soll. Der sozialistische Vertrauensmann Poincarés im „Echo de Paris“ kündigt darüber hinaus noch eine große neue Konsolidierungsanleihe an, die den augenblicklichen Kapitalüberschuß an der Pariser Börse ausnützen soll.

## Sozialistischer Räumungsdruck.

Paris, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Léon Blum stellt im „Populaire“ fest, daß Deutschland das größte moralische und juristische Recht habe, die sofortige Räumung des Rheinlandes zu fordern. Wenn Briand auch bei den Verhandlungen in Locarno und Thoiry verschiedentlich formelles Versprechen für eine vorzeitige Räumung abgegeben habe, so habe

er im deutschen Balle doch bemerkt die Hoffnung darauf erweckt und begünstigt. Niemand könne daher bestreiten, daß die Rheinlandräumung als moralisch und politisch notwendige Rückwirkung der Locarno-Verträge und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erscheine. Der ursprüngliche Gedanke Stresemanns, die Räumung durch finanzielle Zugeständnisse zu erkufen, sei verfehlt gewesen, aber dadurch, daß Briand auf diesen Gedanken eingegangen sei, habe er zugegeben, daß die Sicherheitsfrage durch die Locarno-Verträge ein für allemal geregelt sei. „Vorur greift jetzt — so sagt Léon Blum — Briand nicht sofort zu, wo Stresemann die Bildung einer ständig bereiten Kontrolle im Rheinland bis zum Jahre 1935 vorschlägt. Dieser Vorschlag ist doch sicher die beste Verhandlungsgrundlage, er entspreche auch den Entschlüssen der Sozialistischen Internationale und dem Kongreß in Luxemburg. Briand müsse unbedingt zugreifen, denn Stresemann hat in seiner Rede nichts anderes verlangt, als daß die Diskussion über die Räumungsbedingungen wieder in Gang kommen. Diesem Wunsche aber könne und dürfe Briand sich nicht entziehen.“

## Die Reinigung der KPD.

### Ausschluß der Opposition in Paris.

Paris, 2. Februar. (Eigenbericht.)

Der Kongreß der französischen kommunistischen Partei hat, dem Moskauer Beispiel folgend, die Organisation von den der Opposition angehörenden Mitgliedern „gereinigt“. Die Führer der Opposition, Treint, Suzanne, Girault, beaupten die Debatte über ihren Ausschluß zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen die heutige Leitung der Dritten Internationale. Der Ausschluß der Oppositionellen wurde vom Kongreß mit überwältigender Mehrheit zur Kenntnis genommen.

## Kanada in Panamerika.

### Südamerika erwartet Gesandte.

New York, 2. Februar

Die Möglichkeit der Zulassung Kanadas zu der panamerikanischen Konferenz wurde in Havanna erörtert, obgleich Kanada keinerlei Absicht bekundet hat, in diesem Sinne die Initiative zu ergreifen. Man hat in nichtoffizieller Weise gewisse Personen nahegelegt, der kanadischen Regierung darzulegen, daß Kanada, wenn es diplomatische Vertreter in Argentinien, Chile und Brasilien ernenne, wie es dies für die Vereinigten Staaten schon tat, sich als ein Land mit eigener auswärtiger Politik qualifizieren werde, werden könnte.

Nicht Bundesrat, sondern Berner Regierungsrat. Infolge eines telephonischen Übermittlungsfehlers sprach die Berner Regierung in der Dienstags-Morgensitzung des „Vorwärts“ von dem Beschluß der Schweizer Genossen, sich in Zukunft am Bundesrat zu beteiligen. Aus den vorliegenden Schweizer Mätern ergibt sich jedoch, daß es sich dabei lediglich um die Beteiligung an der Regierung des Kantons Bern, an dem sogenannten Regierungsrat, handelt. Ein Teil der an diese irrtümliche Voraussetzung geknüpften Kommentare ist daher hinwiegend. Der innere Widerspruch zwischen der Koalitionsbereitschaft in den einzelnen Kantonen und der bisherigen grundsätzlichen Abstinenz gegenüber dem Bundesrat bleibt jedoch u. E. bestehen, und der Berner Beschluß ist symptomatisch für die von uns begründete Entmutigung, auch dann, wenn er sich nur auf den größten Schweizer Kanton erstreckt.

## Konzert-Rundschau.

Von Klaus Pringsheim.

In zwei Abenden der letzten Wochen stellte die „Neue Musik“ sich erneut zur Diskussion: bei Jascha Horenstein und bei Hermann Scherchen. Bei Horenstein: Max Butting und Karol Rathaus. Bei Scherchen: Heinrich Kaminski, Anton A. Webern, Ernest Bloch, Josef Matthias Hauer. Als Stärkster unter den Sechs besteht in der Erinnerung Kaminski. Bei ihm — eigentlich nur bei ihm — fühlt man schöpferische Potenz, glaubt man an Zwang der Persönlichkeit. Er ist, gewiß, ein „moderner“ Musiker, doch nicht um der Modernität, und er ringt um seinen Stil, wie die Gegenwart, in der wir leben, um den ihren. Doch eben, die persönliche Kraft, die widerstrebende Stilelemente zur Einheit bindet, ist hier zu spüren: in einem Concerto grosso für Doppelorchester, das wir in Berlin schon vor ein paar Jahren gehört haben; noch stärker in dem Magnifikat für Sopran, Chor und Orchester. (Das Sopran solo, das an die Stimme erdorbante Ansprüche stellt, wird von Rose Fuchs-Bayer mit außerordentlicher Intensität des Tons und des Ausdrucks bewältigt.) Streng-Kirchliches und Mystisch-Impressionistisches, „lineare“ Polypophonie und klangliche Phantastik steht da nebeneinander, ja, gegeneinander; aber die Gegensätze sind einflusslos, deren Einheit überwiegt. Doch alle Stillverwirrung, stilistische Ratlosigkeit einer Generation, die sich sucht und sich nicht findet, zeigt auf beispielhafte Weise des zweifellos begabten Karol Rathaus Concertino für Klavier und Orchester. (Für die Uraufführung konnte er sich keinen besseren Interpreten wünschen als den jungen Franz Osborn.) Bei Butting überrascht, wie er schon in seiner 1915 geschriebenen „Trauermusik“ — vor dreizehn Jahren: eine lange Zeit, an heutigem Maßstab gemessen — sich um den „neuen Stil“ bemüht, um jene Richtung, deren schlagwortmäßiger Name — „Atonalität“ — nun schon wieder losche aus der Mode zu geraten beginnt. Webern's, des Schönberg-Schülers, sechs Stücke für großes Orchester sind im Grunde nichts weiter als Atonalitäten. Experiment, Vorarbeit, Material für Künftiges; begreifen in einem öffentlichen Konzert aufzuführen, heißt, den Sinn eines öffentlichen Konzerts verkennen. Auch Hauer's „Suite 7“, eine Folge von drei kurzen, inhaltlich belanglosen Stückchen, kam bestenfalls einem Vorführungszweck; es gilt, angeblich neue, angeblich zukunftsreiche Klangprinzipien zu erproben; die Sache überzeugt keineswegs, aber einige Hörer finden Gefallen daran.

Alles in allem: noch immer handelt sich's für diese heutigen weniger darum, neue Werte zu schaffen, als, neue Wertmesser aufzustellen, neue Begriffe — oder, gerade herausgesagt, einen neuen Maßstab zu formulieren. Noch immer heißt das gemeinsame Ziel: Ueberwindung des Romanischen — hundert Jahre nach dem Tod Franz Schubert's, dessen Wirken einen Gipfel aller musi-

kalischen Romantik bezeichnet. Das Nebenwerk, das er einunddreißigjährig hinterlassen, zählt zu den Wundern der Menschheit. Trotzdem wünschen wir das nicht, wie im vorigen Jahr mit Beethoven, nun in diesem andbrechenden Jubiläumsjahr mit Schubert überschmeichelt zu werden. Aber wie wäre es, wenn alle möglichen Stellen des Berliner Musiklebens sich — rechtzeitig — einigten, um sich nach einem vorbedachten Plan zu einer, über das Jahr sich erstreckenden Schubert-Feier mit verteilten Rollen zu vereinigen? Schon hat das Feiern begonnen; es hätte, um die Wahrheit zu sagen, nicht besser, nicht erhabender beginnen können als mit dem Schubert-Abend, den Lulu Rappz-Gmeiner, die Lieberkängerin, die in Deutschland kaum ihresgleichen hat, mit Michael Rauchert im Beethovenaal dem toten Jubilar zu Ehren gab. Hier also wurde das Schubert-Lied zelebriert; ein paar Tage drauf im Beethovenaal die Kammermusik: Duet und Strekkensquintett; auch dies eine würdige Feier. Und auch das Klingler-Quartett bringt Schubert: das nochgeoffene D-moll-Quartett. In guter Form; aber die Variationen — „Der Tod und das Mädchen“ — bleiben ganz im Diesseitigen.

Man „feiert“ den hundertsten Todestag, das ist in Ordnung; aber auch den 131. Geburtstag, weil sich's gerade mit einem Konzert verbinden läßt? Wissen immer die Feste gefeiert werden, wie sie nach der Saune des Konzertkalenders fallen? Weil auf den 27. Januar ein Abonnements-Konzert der Staatsoper trifft? muß darum dieser dritte Abend in Kleibers „Mozart-Jubiläum“ auch noch als Mozart-Geburtsstags-Feier aufgemacht werden — und dann werden obendrein, wie dieses Notturno, ein paar Söchelchen gespielt, daß Mozart in der Weite des Opernhäuses wirkungslos verflingt? Aber ein anderes „Jubiläum“ ist in diesen Tagen gefeiert worden, dessen wir gerne gedenken: Frederic Lamond hat sein sechzigstes Lebensjahr vollendet. Der große Pianist hat, ohne Phrasen, ohne Uebertreibung gesprochen, sein Leben dem Dienst Beethoven's geweiht; der Abend, den er mit letztem Beethoven — mit den C-moll-Variationen und der As-dur-Sonate eröffnet, wird Anlaß zu einer schönen, herzlichen Huldigung, die, in Vertretung einer Welt dankbarer Freunde und Verehrer, das Publikum ihm bereitet.

Ein Konzert des rumänischen Kontrebassvirtuosen Josef Brunner rückt die Frage ins Bewußtsein, ob Ruß für den Musiker — oder der Musiker um der Ruß willen da ist. Ganz gewiß, für Kontrebass-Solo wird Ruß nur geschrieben, damit der Betreiber des Instrumentes, der sich als Solist produzieren will, etwas zu spielen hat. Aber wieder bestätigt sich: sehr viel an Wirkung ist aus dieser tonlich armen, während schwerfälligen Basslage nicht herauszuholen, auch nicht, wenn sie mit solcher Virtuosität behandelt wird wie hier. Ueber Baja Prichoda, den jungen tschechischen Geiger, ist nichts Neues zu sagen: als Virtuose größten Stils, als Musiker von hinreißendem Temperament, hat er seinen Platz und sein Publikum. Wer aber versteht, wenn der Titel „Des größten Pianisten der Tschechoslowakei“ dem noch völlig unbekanntem Jan Herman des „Internationale Impresariat“ dieser Herman ist ein

ausgezeichneter Pianist, kein Zweifel, er wird sich durchsetzen; aber der größte seines Landes? Künstler sind nicht dazu da, um gegeneinander ausgespielt zu werden. Auch Chöre nicht. Darum sollen nicht im einzelnen die Darbietungen der Vereine verglichen werden, die sich Sonntag nachmittag in der Philharmonie zum Bild einer imposanten Gesamtleistung zusammenfinden; aber der erste Bezirk von Berlin des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes hat allen Grund, auf das Ergebnis dieses fast dreißündigen Singens (das kein Weltfesten sein sollte) mit Befriedigung und Genugtuung zurückzublicken. Hier wird, unter dem Bezirksvorsitzenden Paas, doch vor allem eben unter den verantwortlichen Vereinsleitenden — Lorenz, Göpel, Sandler, Schumann, und selbstverständlich, auch Paas ist unter ihnen — gute, erfolgreiche Arbeit getan. Es wird noch Gelegenheit sein, auf einzelnes zurückzukommen; heute nur ein besonderes Wort der Anerkennung noch der mitwirkenden Orchesterorganisation „Vorwärts“. Diese Arbeiter-Musikanten aus Rothensow können sich in Berlin hören lassen.

Die „verhinderte“ Discator-Aufführung. Am letzten Sonntag wollte die Berliner Discator-Bühne auch in Essen ein Gastspiel geben. Auf dem Programm stand: „Der Erdstidol“, der in der Romischen Oper zur Aufführung gelangen sollte. Zu der Vorstellung hatten sich nur etwa 150 Personen eingefunden. Es wurde später und später, ohne daß mit der Aufführung begonnen wurde. Nach einseitigem vergeblichen Warten wurde den Zuschauern erklärt, daß die Vorstellung ausfalle und das Eintrittsgeld an der Kasse zurückgegeben werde. Der Grund für die Abfrage lag darin, daß der Filmoperator mitsamt dem Film verschwunden war. Da die Discator-Bühne Sprechbühne und Film vereinigt, so war durch das spurlose Verschwinden von Operateur und Film die Vorstellung unmöglich geworden.

Ein Komitee zur Förderung des Sprechers. In einer gestern im Reichsministerium des Innern stattgefundenen Sitzung hat sich ein Komitee zur Förderung des Sprechers an der Universität und an der Deutschen Hochschule für Betriebsübungen, Berlin, gebildet, in dem 30 der namhaftesten Persönlichkeiten aus Kreisen aller politischen Parteien, der Wirtschaft, der Geistes- und Sprechwissenschaften vereinigt, um die Pflanzung des Sprechers und den von ihm geleiteten und geleiteten Sprechchor zu fördern. Dr. Benhausen beabsichtigt in erster Linie eine neue Anfertigung von Boehms „Faust“ unter Wahrung seines Sprechers und anschließend ein Gastspiel in Holland.

Spitzklubberung. Die Aufführung der Operette „Der Krösche“ am Rhein im Festspieltheater muß auf Sonnabend verschoben werden.

Der Reichstag hält auf Einladungs der Volkshalle am 4. und 19. Februar (nicht wie üblich am 7. und 21.) im Reichstag ein- und zweitägig. In einem Vortrag über „Die bildende Kunst in der italienischen Gotik“. Einladungen 70.

Die Vorstellung von Anton Dörmers wurde wegen Erkrankung des Direktors auf den 3. Februar, abends 8 Uhr (Gerrenhand), verschoben worden.



## Die Koalition.

Ihr Porträt — gezeichnet von ihr selbst auf Befehl des „Vorwärts“.

„Deutsche Zeitung“:

„Der „Vorwärts“ hat erklärt, er erwarte vom Reichsaussenminister eine Stellungnahme zu der Rede des Abg. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven — und da wir bekanntlich eine „Rechtsregierung“ haben, hat das, was der „Vorwärts“ erwartet, selbstverständlich zu geschehen. So nahm auf Befehl des „Vorwärts“ Herr Stresemann am Mittwoch im Reichstag das Wort und leitete mit dem oben in Anführungszeichen gezeichneten Satz die Antwort an Frhr. v. Freytagh-Loringhoven ein.“

„Deutsche Tageszeitung“:

„Aber Herr Stresemann bagatelisierte doch zugleich auch die Differenzpunkte, hob verschiedentlich das Gemeinsame hervor und rügte, wenn auch selber nicht entschieden genug, von dem hysterischen Geizier des sozialdemokratischen Zentralorgans ab.“

„Kreuz-Zeitung“:

„Dr. Stresemann hat der Linken nicht den Gefallen getan, in scharfer Kontroverse mit der Rede des Freiherrn von Freytagh-Loringhoven ins Gericht zu gehen, wenn er auch beziehungsweise die Koalition gestern nicht so bedachte, wie er es bei anderen Gelegenheiten früher wohl getan hat. Bei aller Betonung des Gemeinsamen in der Beurteilung der außenpolitischen Lage mußte er doch bald an dem Punkte ankommen, an dem sich die Wege scheiden: Festhalten an der Locarno-Politik oder Neuorientierung. Und Dr. Stresemann will nun einmal trotz aller bösen Erfahrungen, die er damit gemacht hat, an der Politik von Locarno festhalten.“

„Germania“:

„Die Ausführungen Dr. Stresemanns bestätigten in vollem Umfange die auch in diesen Spalten vertretene Auffassung des Zentrumsredners Dr. Ullrich, daß die ablehnende Stellungnahme des deutschnationalen Redners gegenüber den Grundfragen der deutschen Außenpolitik mit der Vagallheit einer Regierungspartei unvereinbar ist. Energisch wies der Minister auch die Auffassung des Vermittlungsredners v. Vindeimer-Widau zurück, als ob die Aufhebungen Loringhovens eine wertvolle Ergänzung der Ausführungen des Ministers darstellten.“

„Lokal-Anzeiger“:

„Der Entschuldigungsbesuch Guérards bei Bestarp wegen der Wilska-Rede muß nicht leicht gewesen sein, denn in den Wandgesprächen erzählt man sich, die herausfordernden Stellen dieser Rede entstammten der Feder — Guérards und Wilska.“

Das ist die Einigkeit in der Koalition, so sehen sie aus!

## Zwei „republikanische“ Richter.

Unterschiedsrat Dr. Kochmann (Unterschiedsgericht Opladen, bei dem er die Dienstaufsicht führte) war im Sommer 1927 in dem Rechtsabteil des Reichsjustizministeriums. Dort hatte er sich eine Beschimpfung der Reichsjustiz dadurch zuzuschreiben lassen, daß er einer Familie, deren Strandnachbar er war, die Reichsjustiz fortnahm und zerkleinerte. Das Schöffengericht in Aurich (Ostfriesland) hat aber die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, jedoch liegen laut amtlicher Mitteilung des Oberlandesgerichtspräsidenten in Düsseldorf vom 27. Januar 1928 an die Republikanische Beschwerdestelle, welche diese Sache betreibt, die Disziplinarakten gegen Kochmann bei der Dienstaufsichtsbehörde in Düsseldorf.

Unterschiedsrat Hagedorn (Unterschiedsgericht Wattenscheid) hat am Tage der offiziellen Hindenburgfeier, die die Stadtverwaltung Wattenscheid veranstaltete, aus seiner Wohnung die Schwarz-Weiß-Wehrfahne gezeigt. Außerdem hat Herr Hagedorn in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Stadträteverbandes seinen Einspruch dagegen erhoben, daß die „Wattenscheider Morgenzeitung“ vom 25. Oktober 1927 bekanntmachte, daß „er den Reichspräsidenten sowohl als Feldherrn wie als obersten Beamten des Reiches gefeiert habe, der den alten Farben Schwarz-Weiß-Rot treu geblieben sei, als Reichspräsident jedoch die neuen Farben Schwarz-Rot-Gold achte und für sie eintrete, ohne sich aber auf die neuen Farben umgestellt zu haben.“

Da der Oberlandesgerichtspräsident in Hamm nicht in der gewünschten Weise durchgegriffen hat, wird die Republikanische Beschwerdestelle diese Angelegenheit dem Justizminister vorzulegen.

## Keine Sowjetanleihen in Amerika.

Das Finanzministerium dagegen — Vorstoß einer Lebensversicherungsgesellschaft.

Washington, 2. Februar.

Das Staatsdepartement veröffentlicht folgendes Communiqué: „Das Staatsdepartement ist gegen Verabredungen über die Auslegung einer Anleihe in den Vereinigten Staaten oder die Verwendung von Krediten zwecks Erwerbung von Vorständen an die Sowjetregierung. In Übereinstimmung mit dieser Politik mißbilligt das Staatsdepartement finanzielle Maßnahmen, die bezwecken, den Verkauf von Sowjetobligationen in den Vereinigten Staaten zu ermöglichen oder zu erleichtern. Das Staatsdepartement hofft, daß die Banken und anderen Finanzinstitute mit der Regierung der Vereinigten Staaten zur Durchführung dieser Politik zusammenarbeiten werden.“

Im Staatsdepartement wurde betont, daß die am 30. November 1927 abgegebene Erklärung über die Unbedenklichkeit langfristiger Kredite sowie Kaufs amerikanischer Waren durch die Sowjetregierung durch die heutige Kundgebung nicht geändert werde. Man wolle lediglich verhindern, daß die Sowjetregierung auf dem Umwege über den Verkauf von Sowjetobligationen auf dem amerikanischen Markt Anleihen aufnehme.

Ueber die Vorgeschichte der Erklärung des Staatsdepartements gegen die Gewährung von Anleihen an die Sowjetunion wird gemeldet, daß die New York Life Insurance Company beim Staatsdepartement gegen die Auslegung der in der Kundgebung erwähnten Sowjetobligationen protestiert habe. Die Gesellschaft erklärte, sie habe zurzeit der russischen Revolution russische Eisenbahnobligationen, die eine Kapitalanlage von über 20 Millionen Dollar darstellten, besessen, und die Sowjetregierung habe diese Verpflichtungen nicht anerkannt.

Studiums neuester Mitarbeiter. Die Landtagsabgeordnete Frau v. Kling ist zur kommissarischen Mitarbeiterin ins Reichsministerium des Innern für Kirchen- und Schulfragen berufen worden. Frau v. Kling ist in der evangelischen Frauenbewegung führend tätig.

# Festnahme zweier Schwerverbrecher

## Der Notausgang durch den Schornstein.

Zwei der gefährlichsten Ein- und Ausbrecher, die seit einiger Zeit die Berliner Konfektionsgeschäfte unsicher machten, wurden heute in früher Morgenstunden von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht.

Ein 22 Jahre alter Erich Dumke war vor einem Vierteljahr in Pommern festgenommen und nach Stolp ins Gefängnis gebracht worden. Hier gelang es ihm, die Traillen durchzuwürgen und durch einen fähigen Ausbruch die Freiheit zu erlangen. Auf Schleimwegen kam er nach Berlin und sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, mit seinem früheren Komplizen, einem 28 Jahre alten Oskar Schäfer, der in Böhmen eine Strafe verbüßte, wieder in Verbindung zu kommen. Die Geliebte Schäfers, Erna Heim, verschaffte ihm Unterschlupf in der Kellerwohnung eines alten Hauses in der Cuvorststraße, die durch Vermittlung anderer Personen gemietet worden war. Keine Wohnung konnte für einen Verbrecherunterkunft geeigneter sein als diese, denn sie hat außer zwei regelrechten Ausgängen noch einen dritten.

„Notausgang“ durch einen faminartig ausgebauten Schornstein.

Hier fühlte sich Dumke denn auch ganz sicher, während er sich sonst nirgendwo länger hätte aufhalten können. Es dauerte nicht lange, da war auch Schäfer wieder in Freiheit. Ohne Zweifel hat ihm Dumke bei der Flucht aus Böhmen geholfen. Kriminalkommissar Brajshwig und seine Beamten waren überzeugt, daß bei den großen Einbrüchen in Konfektionsgeschäfte, die jetzt verübt wurden, die beiden Ein- und Ausbrecher ihre Hand im Spiel haben mußten. Nur die größten seien erwähnt. So erbeuteten die Verbrecher, die durch Decken und Wände gingen, in der Charlottenstraße 25 für 50 000 M. Seide, in der Berliner Straße zu Neutölln an zwei Stellen in einem Hause für 30 000 M. Seide und Pelze, in der Verleberger Straße für 10 000 M. Textilwaren. Es unterlag auch keinem Zweifel, daß die Heim fleißig mit „baldowerte“ und sich an den Einbrüchen selbst beteiligte. Zu finden aber war die Wunde nirgends. Jetzt endlich gelang es nach wochenlangen Ermittlungen und Beobachtungen, den Schlußwinkel ausfindig zu machen. Zunächst aber war gestern das Nest leer.

In der vergangenen Nacht durchsuchten Kriminalkommissar Brajshwig und mehrere Beamte die Lokale in der Gegend, während einer in der Cuvorststraße blieb, um aus einem Versteck heraus das

haus mit der Kellerwohnung zu beobachten. Endlich kamen die Verbrecher in größter Eile herangeläufen und gingen in ihr Versteck hinein. Der Beobachter allein konnte gegen die gefährlichen Burschen, die stets bewaffnet waren und erklärt hatten, daß sie

die Kriminalbeamten als ihre Todfeinde

betrachteten, nichts unternehmen. Er rief rasch den Kommissar und die anderen Beamten zusammen. Als man nun vereint eindrang, fand man zur größten Ueberraschung weder Dumke noch Schäfer in der Behausung. Die Ausgänge waren besetzt gewesen, so daß sie hier nicht hatten entweichen können. Die Beamten fanden vor einem Kessel, bis tief den „Notausgang“ entdeckten. Sie zündeten unten am Ramin ein Stück Papier an und erblickten im Scheine des Lichtes ungefähr in Manneshöhe ein Paar Füße. Rasch zugreifend, zogen sie kräftig an diesen Füßen, und so kam ein vollständig bekleideter Mann herunter. Es war Dumke, der wohl einfiel, daß Widerstand nutzlos war. Schäfer war noch verschwunden. Man suchte jetzt den Keller mit seinen Gängen ab und stieß dabei auf einen harten Gerümpel. In diesem fand man auch den zweiten Mann und nahm ihn ebenfalls fest. Nachdem die Verbrecher abgeführt worden waren, kam denn auch bald die Meldung von einem Einbruch in der Cuvorststraße 63. Aus diesem rührten Konfektionswaren, die man im Schlußwinkel gefunden hatte, her. Dumke und Schäfer waren auch dort wieder durch eine Wand gegangen und hatten bereits viele Beutestücke zusammengepackt. Unerwartet aber hatten sie, bevor sie fertig waren, die Alarmleitung berührt. Das Anschlagen der Glocke hatte den Inhaber eines Nachbargeschäftes geweckt, und dieser hatte das Ueberfallkommando gerufen. So hatten die Einbrecher vorzeitig fliehen und den größten Teil des Raubes zurücklassen müssen. Nur weniges hatten sie mitgenommen. Sie mußten von der Gefahr, die ihnen heute früh drohte, irgendwie etwas gemerkt haben. Dumke hatte deshalb versucht, durch den Schornstein zu entkommen, den beschwerlichen Weg aber noch nicht vollendet. Schäfer hatte sich rasch unter dem Gerümpel versteckt. Außer den beiden wurde auch die Heim festgenommen und nach dem Postpräsidium gebracht. Dumke hatte, während die Kriminalpolizei ihn suchte, die Freiheit, wiederholt bei Kriminalkommissar Brajshwig anzurufen und ihm höflich zu erklären, daß er ihn nie finden werde. Darin hat er sich nun doch getäuscht.

## Die Tragödie des Bierzehnjährigen.

Er hatte die Schulfmappe verloren und starb aus Angst.

Wir berichten vor einigen Tagen über das tragische Sterben eines 14 Jahre alten Jungen, der scheinbar den Tod gesucht hatte. Es war der 14 Jahre alte Schüler Hans Dobrow, der in der Laube seiner Eltern tot aufgefunden wurde. Der Junge war seit Freitag nicht mehr zu Hause gewesen und hatte einen Zettel hinterlassen, daß er sich das Leben nehmen werde. Leichtes Verletzungen an den Handgelenken und am Hals hatten zunächst Veranlassung gegeben, die Wochtkommission zu alarmieren. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei brachten jetzt die Aufklärung, daß der Tod des Jungen im letzten Grunde auf den Verlust seiner Schulfmappe zurückzuführen ist.

Der 14jährige Dobrow war nicht sehr begabt und ein schwacher Schüler. Deshalb hielt sein Stiefvater darauf, daß er die Schularbeiten pünktlich machte. Das tat der Junge jedoch nicht immer. So war er auch am Mittwoch voriger Woche lieber wieder in die Laube gegangen, als er nach Hause. Als er ziemlich spät heimkehrte, fand er zufällig sein Vater auf dem Hofe. Um ihn die Schulfmappe nicht sehen zu lassen, verbergte er sie hinter einem Müllkasten. Er ging zunächst in die Wohnung, als ob alles in Ordnung gewesen wäre. Als er später heimlich die Mappe holen wollte, war sie verschwunden. Weil er jetzt keine Bücher mehr hatte, traute er sich am nächsten Tage nicht wieder in die Schule, ließ sich aber von der Mutter das Frühstück geben und verbrachte den Tag mit dem Suchen nach seiner Mappe. Am Freitag wiederholte sich das, nur, daß der Junge am Abend nicht wieder heimkehrte. Auf Vorhalt hatte er am Donnerstag bestimmt versichert, daß er in die Schule gegangen sei und die Mappe dort vergessen habe. Seine Angst wurde noch größer, als sein Stiefvater erklärte, er werde der Sache schon auf den Grund gehen, obwohl er den Sohn seit Jahren nicht mehr gequält habe. Die Mappe hatte am Mittwoch abend die Postlerin gefunden. Sie fand darin den Namen „Dobrow“ und wußte nicht, was sie damit anfangen sollte, weil der Stiefvater L. heißt. So fräste sie in der nächsten Schule herum, fand aber auch dort keine Aufklärung, denn Dobrow besuchte eine weltliche Schule. Als die Kriminalpolizei durch Nachfragen in allen Schulen die Dinos aufgefährt hatte, war der Anabe schon tot. Wahrscheinlich ist er bei den Ver suchen, sich die Pulsader aufzuschneiden und sich zu erhängen, vor Angst gestorben. Das ist wohl um so eher der Fall, als er schwer herzleidend war und, wie die Obduktion ergab, auch an Gehirnwasserzucht litt.

## Landfriedensbruchprozess in Rathenow.

Gegen 28 Kommunisten.

In Rathenow begann heute morgen vor dem erweiterten Schöffengericht ein Landfriedensbruchprozess gegen 28 Kommunisten. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beleidigung usw. Es sind etwa 70 Zeugen geladen; für die Verhandlung sind drei Tage vorgesehen. Zwei kommunistische Stadtorordnete werden von der Anklage als Rädelführer bezeichnet.

Am 11. Juni v. J. fand in Rathenow ein Umzug von 150 Stahlhelmern statt. Auf der Straße hatte sich eine große Menschenmenge, darunter auch eine Anzahl Kommunisten, versammelt. Die Stimmung war erregt; gegen die Stahlhelmer wurden die üblichen Anfeindungen laut: „Nieder mit den Faschisten, schlägt die Lumpen tot“ usw. Als die Menge immer aggressiver wurde, versuchte die Polizei, sie abzubringen. Jetzt wurden gegen die Polizei Beschimpfungen laut. Die Polizei sah sich schließlich gezwungen, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen. Das erhöhte die Erregung der Menschen mehr und mehr. Es entstand ein Durcheinander, bei dem ein Polizeibeamter und zwei Stahlhelmer verletzt wurden. Auch die Trommel der Stahlhelmer wurde beschädigt. Als die Stahlhelmer endlich das Lokal „Waldschloß“ erreicht hatten, wo die Feier vor sich gehen sollte, stürzte sich die Menge vor den Fenstern und warf Steine in das Lokal, wobei gerufen wurde: „Alle Mann hinein, schlägt die Hunde tot.“

Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einer Kraftdroschke und einem Lastkraftwagen ereignete sich heute vormittag gegen 11 Uhr auf der Strohvintzweg Regensburger und Prager Straße. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Kraftdroschke völlig zerschmettert und der Fahrer, ein dreißigjähriger Johann E. aus der Halleschen Straße, im Führerfeld ein-

gequetscht wurde. Die zu Hilfe gerufene Feuerwehr befreite den Verunglückten aus seiner furchtbaren Lage und sorgte für seine Ueberführung in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Lindenbachstraße, wo er sehr bedenklich danieliegt. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

## Die Verhaftung des Staatsanwalts.

Anklage auch wegen Amtsverbrechens?

Die Verhaftung des Staatsanwaltschaftsrats Jacoby I erfolgte gestern in vorgeklärter Abendstunde nach einem sechsständigen Verhör durch den Oberstaatsanwalt Binder. Um 21 Uhr wurde Jacoby ins Unterjünglingsgefängnis eingeliefert.

Im Verlauf des Verhörs hatte sich das Beweismaterial gegen Jacoby immer mehr verdichtet. Jacoby hat nach Ansicht der Untersuchungsbehörde nicht allein seine amtliche Stellung dazu benutzt, um den Empfehlungen der Firma Bergmann einen besonderen Nachdruck zu verleihen, sondern er hat in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt sogar die Weiterverfolgung von Anzeigen gegen Bergmann verhindert. Schwer belastet ihn auch eine Aussage der Frau Bergmann, wonach der Staatsanwaltschaftsrat bei einem Streit zwischen ihm auf der einen, Frau Bergmann auf der anderen Seite geäußert hat, ein Wort von ihm genügt, und das ganze Combarthaus Bergmann söße in die Luft! Sollte sich dies bewahrheiten, so hätte Jacoby eine sehr schwere Strafe zu gewärtigen, da er sich nicht nur der Beihilfe zum Betrug, sondern auch eines Amtsverbrechens schuldig gemacht hätte.

Major von Hindenburg, der Reife des Reichspräsidenten, war seit Dezember vorigen Jahres in der Münchener Filiale Bergmanns tätig. Aus seiner kaufmännischen Unerfahrenheit heraus scheint er tatsächlich der Ueberzeugung gewesen zu sein, es mit einer reichen Firma zu tun zu haben. Doch diese Ansicht keineswegs allgemein geteilt wurde, erhellt u. a. auch daraus, daß beispielsweise die „Deutsche Kunstzeitung“, vormals Fun u. Co.“ über das Allgemeine Lombard- und Lagerhaus Bergmann stets ungünstig berichtet hat. Ihre Äußerungen lauteten dahin, daß „betrugte Stellen dem Unternehmen zurückhaltend gegenüberstehen und mit Rücksicht auf frühere Vorkommnisse mit der Firma keine Geschäftsverbindung eingehen würden“. Weiter ist ausgeführt, daß Bergmann wiederholt mit Behörden in Konflikt gewesen und mit Gefängnis bestraft ist. Außerdem sind die verschiedenen Daten angegeben, an denen gegen Bergmann Haft zur Ermöglichung des Offenbarungselbes angeordnet wurde. Mehr Gewicht für die geldgierigen Kunden hatten freilich die Empfehlungen des Staatsanwaltschaftsrats, des Geheimen Oberregierungsrats S., der Frau von R. und anderer „gesellschaftlich“ hochstehender Personen!

## Schuß oder Steinwurf?

Heute vormittag kurz vor 10 Uhr wurde kurz vor dem Hochbahnhof Rallendorfplatz auf einen Hochbahnzug, der in Richtung Stadion fuhr, ein Schuß abgefeuert. Die Kugel zertrümmerte das Fenster eines Wagens, in dem zehn Fahrgäste saßen. Zum Glück wurde niemand verletzt. Polizeibeamte, die von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt wurden, forschten sofort nach dem Täter, leider ohne Erfolg. Wie uns von der Pressestelle der Hochbahn-Gesellschaft hierzu mitgeteilt wird, steht es noch keineswegs fest, ob tatsächlich, wie von den erschreckten Fahrgästen angenommen wurde, ein Revolveranschlag in Frage kommt. Ebenso gut kann es sich um einen Steinwurf handeln, da weder ein Geschöß noch ein anderer Gegenstand gefunden wurde. Jedenfalls handelt es sich wieder einmal um einen Dummengenscheit.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Personen mit Steinen gegen Lokomotiven von fahrenden Eisenbahnzügen geworfen haben. Es herrschte Streit darüber, auf Grund welcher Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches Personen zu verurteilen seien, welche absichtlich Steine gegen Eisenbahnzüge schleudern. Das Reichsgericht hat in einem bestimmten Fall angenommen, daß gegen Personen der oben erwähnten Art die §§ 315, 316 des Strafgesetzbuchs Anwendung zu finden haben, wonach zu hoher Zuchthausstrafe verurteilt wird, wer vorsätzlich Eisenbahnanlagen, Beförderungsmittel und sonstiges Zubehör derselben derart beschädigt oder auf andere Weise solche Hindernisse bereitet, daß dadurch der Transport in Gefahr gesetzt wird. Das Reichsgericht führte u. a. aus, daß in dem Schleudern von Steinen gegen Lokomotiven von fahrenden Eisenbahnzügen Hindernisse nicht nur in solchen Fällen gefunden werden können, wenn das Personal auf der Lokomotive durch Steinwürfe verletzt, sondern auch in solchen Fällen, wenn durch derartige Steinwürfe das Personal auf der Lokomotive von der erforderlichen ununterbrochenen Erfüllung seiner Dienstverpflichtungen abgelenkt werde.



# Die Lage im Ruhrbergbau.

## Warum wurden die Tarife gekündigt?

Entsprechend den Beschlüssen ihrer Delegiertenkonferenzen haben die vier Bergarbeiterverbände gemeinsam beschlossen, die bis zum 30. April für den Ruhrbergbau geltenden Lohn- und Arbeitszeittarife zu kündigen. Betroffen werden davon rund 400.000 Arbeiter. Bevor aber die Verbände ihre Forderungen für den neuen Tarifvertrag formuliert haben, noch ehe überhaupt die Tarifbewegung konkrete Gestalt angenommen hat, beginnen bereits die Unternehmer, nach bekannter Methode ihren, jeglichen sozialen Verbesserungen ablehnenden Standpunkt darzulegen. Mit dem Hinweis auf die englische Kohlenkonkurrenz wenden sich ihre Blätter gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit mit der Behauptung, daß zurzeit etwa zwei Drittel aller Jochen unrentabel arbeiteten, wie gegen eine Erhöhung der Löhne. Es scheint beinahe, als sei die Lehre aus dem mitteldeutschen Bergarbeiterstreik spurlos an ihnen vorübergegangen, oder als habe sie ihr unzweifelhafter Erfolg im eben vergangenen Lohn- und Arbeitszeitstreik in der Metallindustrie übermäßig gemacht. Wenn überhaupt eine Berufsguppe, dann haben

### Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes

das Recht, auf wesentliche Verbesserungen ihrer sozialen Lage zu bestehen. Schon einmal, im November vorigen Jahres, wandten sie sich um eine zwischenzeitliche Lohnerhöhung an die Unternehmer. Die Antwort war eine höhnische Ablehnung. Nicht Herab, sondern Herabhebung der Löhne sei nach Ansicht der Trustkönige das Gebot der Wirtschaftslage. Dabei mußte nach dem Bekanntwerden der Förderziffern des Ruhrbergbaus für das Jahr 1927 selbst die „Bergwerkszeitung“ feststellen, daß die Förderziffern seien, die über das Konjunkturjahr 1913 noch hinausgehen. 1913 betrug die Kohlenproduktion an der Ruhr 14,2 Millionen Tonnen, die Koksproduktion 25 Millionen Tonnen; 1927 stieg die Kohlenproduktion auf 118,1 Millionen Tonnen, die Koksproduktion auf 27,4 Millionen Tonnen. Dieses Förderergebnis ist um so beachtenswerter, als die Belegschaft 1913 rund 426.000, im Jahre 1927 aber nur noch rund 398.000, also 28.000 Arbeiter weniger betrug. Rationalisierung und vermehrte Ausbeutung, ein ebenso raffiniertes wie unerhörtes Antreiber-system waren die Ursachen der Steigerung der Kohlenausleistung, die zu jenem Ergebnis führte. Der Förderanteil je Hauer und Schicht war Ende 1927 um 32 Proz. höher als im Jahresdurchschnitt 1913.

Die Unternehmer sind auf diese Ziffern nicht wenig stolz. Nur vergessen sie die Nachteile, die die Lage der Arbeiter angeht. Nach dem Reichsminister für die Lebenshaltungskosten ist der Lohn der Hauer auf 93 Proz. der Vorkriegszeit gesunken! Dafür aber liegt die Unfallziffer in einem Maße, das erschrecken macht. Schon mehrfach haben die Parlamente auf die großen Unfallgefahren des Bergbaus verwiesen müssen, ohne daß eine Änderung des Systems erfolgt wäre. Bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen entfiel 1926 auf je 2,3 Mitglieder ein Krankheitsfall, bei der Knappschaft aber schon ein Krankheitsfall — mit durchschnittlich 31,4 Krankheitstagen — auf 1,3 Mitglieder! Die erschreckend

### hohe Zahl der Toten und Unfallverletzten

ist noch in zu frischer Erinnerung, als daß es nötig wäre, auf sie besonders zu verweisen. Mit 46,1 Lebensjahren

und 19 Dienstjahren ist der Ruhrbergmann Invalide, altes Gien, das beiseite geworfen wird! Das ist das soziale Ergebnis der Kohlenwirtschaft unserer Industriebeherrscher, und man versteht, weshalb und warum der Bergarbeiter bemüht sein muß, seine Lage zu verbessern.

Lebigeis vermeiden es die Unternehmer, auf diese ihr nicht unbekanntes Elendziffern, auf die Husemann in seinen Ausführungen vor den Konferenzdelegierten des Ruhrgebietes nachdrücklich hingewiesen hatte, einzugehen; ebensowenig behandelt sie die unbestreitbare Tatsache der nicht unerheblichen Gewinne, die freilich in direktem Widerspruch stehen zu der angeblichen Unrentabilität der Jochen. In dem soeben herausgegebenen Jahrbuch der Industrie- und Handelskammer des Ruhrgebietes wird versucht, auf der einen Seite die Unmöglichkeit weiterer Lohnerhöhungen zu beweisen, während auf der anderen Seite zugegeben werden muß, daß die industrielle Produktivität während des letzten Jahres

### einen bisher unerhörten Umfang

angenommen hat. Hier klafft einer von den vielen Widersprüchen in der Argumentation der Unternehmer. In der Tat baut heute fast jede Schachtanlage ihre Betriebe aus; insbesondere neue Kolerianlagen modernster Art, keine Fabrikschleife für sich, entstehen über Nacht. Die Mittel werden aus den Betrieben selbst herausgewirtschaftet, sie müssen es; denn wie ein maßgeblicher Konzerngewaltiger vor einiger Zeit für sich und seinen Konzern betonte: In Laufe einer fünfjährigen Wirtschaftperiode muß jeder Stein und jede Maschine einmal erneuert worden sein.

Daneben stehen auch noch Gewinne, vielfach sogar außerordentlich hohe! Eine der größten Gesellschaften hatte 1926/27 je Tonne Förderung zwei Mark Mehrerlös; einzelne Jochen dieser Gesellschaft Uebererlöse von 0,90 bis 4,50 M. je Tonne! Wenn auch zugegeben werden muß, daß nicht überall gleich hohe Profite vorliegen mögen, bleibt es doch eine maßlose Uebertreibung, von einer Unrentabilität des Ruhrbergbaus zu reden. Außerdem ist hierbei noch gar nicht

### der Gewinn aus der Ueberproduktion

in Betracht gezogen, wozu indes in anderem Zusammenhang das Rätige gesagt werden soll.

Das eine geht jedoch aus diesem kurzen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage des Bergbaus und seiner Arbeiter hervor, daß eine Lohnerhöhung zwingende Notwendigkeit ist und daß es unverantwortlich wäre, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat gelegentlich einmal der sehr richtigen Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der Bergarbeiterlohn Spitzenlohn sein müsse; er kann jetzt helfen, dieser Ueberzeugung den erforderlichen Nachdruck zu geben. Denn in der Reihe der 24 Bewerbs, die der ATGB statistisch erfaßt, stehen die Bergarbeiterlöhne an 13. Stelle!

Dieser Zustand ist unhaltbar! Und es wäre im Interesse des Wirtschaftsfriedens bedauerlich, wenn das Verhalten der Unternehmer während der kommenden Verhandlungen auch nur ein entfernt ähnliches wäre wie das jetzige der Unternehmerpresse. Die Bergarbeiter sind gewillt, auf eine Besserung ihrer Tarife zu bestehen. Wenn sie nicht gutwillig erfolgt, wird es mit Zwang geschehen müssen. Die Front der 400.000 steht bereit! Für jeden Fall!

## Reichskonferenz der Hausangestellten.

Der Vorstand des Deutschen Verbands der Hausangestellten hat zum 11. März die zweite Reichskonferenz der Hausangestellten des Verbandes nach Berlin ins Gewerkschaftshaus einberufen. Neben der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wird die praktische Durchführung des Gehaltsvertrages für die private Hauswirtschaft behandelt werden.

## Eine verschobene Konferenz.

Der kommunistische Provinzialausschuß der Erwerbslosen schreibt uns:

„Wie Ihnen aus den Veröffentlichungen der Zeitung „Der Arbeitslose“ bekannt sein dürfte, ist die Erwerbslosenkonferenz für Berlin, Brandenburg, Pommern auf Verlangen vieler Ausschüsse der Provinz auf Dienstag, den 7. Februar, verschoben worden.“

Da uns eine Zeitung „Der Arbeitslose“ unbekannt ist, ist die Annahme hinlänglich, daß uns deren Veröffentlichungen bekannt sein dürften. Damit wird auch die Unterstellung gegenstandslos, als hätten wir trotz der Kenntnis von dieser Verschiebung behauptet, die zum 31. Januar angetändelte Konferenz sei an diesem Tage ins Wasser gefallen.

Die kommunistische Aktion gegen die Arbeitslosenversicherung soll also am 7. Februar vor sich gehen.

## Streik auf dem Hesper Eisen- und Stahlwerk.

Hagen, 2. Februar.

Gestern nachmittag brach auf dem Hesper Eisen- und Stahlwerk in Hagen ein wilder Streik aus. Wie verlautet, ist die Ursache des Ausstandes eine Forderung auf Einlegung von Pausen, und zwar wird verlangt, eine Mittagspause von einer Stunde und eine Morgen- und Nachmittagspause von je einer halben Stunde einzuführen. Es streiken 800 Arbeiter. Durch den Streik auf dem Hesper sind auch die Thomas-Werke stillgelegt. Die Verhandlungen über die Beilegung des Ausstandes sind seit gestern abend im Gange, haben aber bis heute noch zu keinem Ergebnis geführt.

## Um Fahrräder und Nähmaschinen. Die Bedeutung niedriger Preise.

Die bekannte Fahrradfabrik Warswerke A.-G. in Nürnberg kann auch in ihrem Geschäftsbericht für 1926/27 die Klagen über die ungenügenden Fahrradpreise nicht lassen. Es ließe sich über diesen Punkt reden, wenn ein Unternehmen trotz guter Betriebsorganisation ohne Erfolg oder sogar mit Verlust arbeitet. Die Warswerke zahlen aber wie in den beiden letzten Jahren auf ihr Aktienkapital von 2 Mill. Mark wieder 10 Proz. Dividende und tragen außerdem noch über 130.000 M. auf neue Gewinnrechnung vor, so daß eine Dividendenzahlung von 16 Proz. ohne weiteres möglich gewesen wäre.

Die Fahrradindustrie, die seit Monaten über schlechte Preise klagt, verkennt vollkommen — das müssen wir immer wieder betonen — die Konjunkturempfindlichkeit ihres speziellen Marktes. Die wieder stark angewachsene Arbeitslosigkeit hätte das Frühjahrsgeschäft der Fahrradindustrie, deren Hauptkäufer Gehalts- und Lohnempfänger sind, schon sehr ungünstig beeinflusst, wenn die Werte trotz der fühlbaren Schwächung der Massenkaufkraft eine Preiserhöhung vorgenommen hätten. So aber kann die Bfälsche Nähmaschinen- und Fahrradfabrik A.-G. in Kaiserlautern in ihrem Geschäftsbericht von einem guten Auftragsbestand für Frühjahrslieferungen von Fahrrädern sprechen, was darauf schließen läßt, daß zu den jetzigen Preisen noch genügend Käufer vorhanden sind.

Daselbe, was über die Preise und Marktbeeinflussung von Fahrrädern zu sagen ist, gilt auch für Nähmaschinen. Die Nähmaschine, die heute für keinen Arbeiterhaushalt zu beheben ist, muß billig sein, um einen Massenabfah zu finden. Wenn also der Verwaltungsbereich der Firma aus Kaiserlautern die „erfreuliche“ Tatsache mitteilt, daß bei dem Nähmaschinen-Im Gegensatz zum Fahrradabfah auch eine Preiskonkurrenz festzustellen sei, so wird die Industrie die Folgen, die sich durch die erhöhten Preise bei dem Abfah bemerkbar machen werden, wahrscheinlich kaum erfreulich finden. Der Reingewinn dieser Gesellschaft hat sich mit 257.000 M. fast verdoppelt und während das letzte Jahr keine Dividende gezahlt wurde, erhalten die Aktionäre für 1926/27 wieder 4 Proz. ausgezahlt.

Die Verhältnisse der Schuhfabrik Herz. Schon seit längerer Zeit befindet sich die bekannte Frankfurter Augustschuhfabrik Herz in Schwierigkeiten. Nach dem in der Bilanz am 30. Juni 1927 ausgewiesenen Verlust von 134.000 M. hat die Verwaltung die Sanierung des Unternehmens beschlossen, die, wie wir kürzlich berichteten, durch die Zusammenlegung des Kapitals von 1,54 auf 0,4 Mill. Mark und durch Wiedererhöhung auf 1,28 Mill. Mark erreicht werden soll. Da die Opposition der kleinen Aktionäre gegen diese für sie besonders schmerzvolle Operation protestierte, war die Verwaltung gezwungen, den Scheiter von den tatsächlichen Verlusten wegzuziehen. Es waren nicht sehr erhebliche Dinge, die die Aktionäre zu hören bekamen. So wurde erklärt, daß diese sehr scharfe Sanierung zur Erhaltung des Unternehmens notwendig geworden sei, da bereits bei dem Jahresabschluss im Juni 1927 die tatsächlichen Verluste 3- bis 400.000 M. betragen, wogegen nur 134.000 M. ausgewiesen seien. Damit gesteht also die Verwaltung ein, daß die letzte Bilanz „kriecht“ war und eine Irreführung der Öffentlichkeit darstellte. Seit dem Juni sei ferner durch die verzögerte Sanierung ein monatlicher Verlust von 40.000 M. zu verzeichnen gewesen, so daß die neu hinzugekommenen Verluste bereits eine weitere Viertelmillion ausmachten. In der Geschäftspolitik der herzschen Verwaltung konnte man in den letzten Jahren jede Ziellosigkeit vermessen. Viel zu spät ging die Fahrt bei der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung von der reinen Luxusfabrikation auch zur Herstellung billiger Schuhe über. Als sich diese Umstellung nicht in dem erwarteten Maße auswirkte, war diese Firma eine der ersten, die ihre Schuhpreise heraufsetzte, wodurch sie ihren Abfah vollends droffelte. Dazu kam, daß die Verwaltung mit einer finanziellen Umstellung so lange gewartet hat, bis ihr das Wasser bis zum Hals stand. Natürlich müssen auch in diesem Falle die Verlegenschaften für die Unfähigkeit der Verwaltung büßen. Seit Wochen ist bereits Kurzarbeit in den Betrieben eingeführt und es ist noch mit weiteren Einschränkungen zu rechnen, da der Verkauf zurzeit vollständig ruht.

## Sport.

### Auch die Schweden geschlagen! BSC-International - Schweden-Olympia 6:2.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man die Form der Internationalen Mannschaft des Berliner Schützschuhclubs als unübertrefflich bezeichnet. Gestern gelang es ihr, im Sportpalast die für die olympischen Spiele in St. Moritz bestimmte Schwedenmannschaft mit dem hohen Ergebnis 6:2 zu schlagen.

Die Schweden spielten mit zwei Ersatzleuten, BSC trat richtig besetzt an. Das erste und zweite Spieldrittel verlief jedesmal im Ausgleich 1:1 und 2:2. Den Schweden behagte offenbar das Terrain nicht; sie zeigten wenig gute Kombination, waren langsamer als die Berliner und ließen sich von diesen das Tempo angeben. Ihr Tor war ständig bedrängt, unabsichtlich schossen die BSCer, doch verstand der Torwart jeden Schuß zu halten. Erst das zweite Drittel brachte die Entscheidung. Johansson brachte es fertig, innerhalb weniger Minuten drei Tore zu machen, eine Leistung, die nicht nur auf glückliche Umstände zurückzuführen war. Ein viertes Tor ergab dann das hohe Resultat. Das überfüllte Haus roste vor Begeisterung. Die Schweden konnten viele Freunde der schwedischen Kolonie begrüßen.

Verantwortlich für Vorkämpfer: Dr. Gust Gröner; Bericht: G. Bilgshöfer; Gewerkschaftsberatung: Dr. Götze; Redaktion: A. A. Döhrer; Korrespondent: Carl Ricker; Druck: Carl Ricker; Verlag: Carl Ricker; Berlin, Nord, Lichtenberger Str. 22 (Kast. 206).

## Appell der Gärtner!

### Kampf um die Arbeitszeit und die Rechtsfrage.

Die Berliner Verwaltung des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter hatte ihre Funktionen am Sonntag, dem 24. Januar d. J., vormittags, nach dem Gewerkschaftshaus zusammenberufen. Der Verbandsvorsitzende Busch hielt das einleitende Referat über das Thema: „Unsere Aufgaben im Kampfsjahr 1928“. Busch führte aus, daß fast alle Tarifverträge im Reich gekündigt sind und heftige Kämpfe bevorstehen. Es handle sich nicht nur um Lohnforderungen, vielmehr ist die Frage der Arbeitszeit in den Vordergrund gerückt.

Die bereits geführten Verhandlungen haben gezeigt, daß die Unternehmer unseren Bestrebungen einen organisierten Widerstand entgegensetzen. Obwohl der Reichsverband des Deutschen Gartenbauers nicht tariffähig sein wollte, wirken nunmehr seine Vertreter bei den Verhandlungen mit. Offensiv sind von der Zentrale bestimmte Anweisungen an die einzelnen Unternehmergruppen ergangen. Fast überall wird die Zustimmung einer 9½- bis 10stündigen Arbeitszeit gestellt. Lohnerhöhungen werden abgelehnt. So hat z. B. die Wellfirma Späth, Berlin, den Standpunkt vertreten, daß eine Lohnerhöhung für die Baumschulenbetriebe „untragbar“ sei. Die Einstellung der Unternehmer zwingt zu Gegenmaßnahmen. Durch eine großzügige Agitation in den nächsten Wochen soll die gesamte Kollegenchaft über den Ernst der Situation aufgeklärt werden.

Der Redner verbreitete sich dann über den Stand der Rechtsfrage. Eine Klärung sei in absehbarer Zeit zu erwarten. Die Unternehmerverbände arbeiten mit Hochdruck, um Regierung und Behörden in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch auf diesem Gebiete dürfen die Arbeitnehmer nicht untätig bleiben. Der Verbandsvorstand hat daher beschlossen, eine Abstimmungsaktion in ganzem Reich durchzuführen. Die Kollegenchaft muß sich für ihre Zugehörigkeit zu Gewerbe oder zur Landwirtschaft entscheiden.

Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Einmütig war die Auffassung vorhanden, die nächsten Wochen nach Kräften auszunutzen, um den Bestrebungen des Unternehmertums wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. Nachdem noch die örtlichen Verhältnisse behandelt wurden, waren die Aufgaben der gut verlaufenen Konferenz nach vierstündiger Dauer beendet.

Am 21. Januar, 9 1/2 Uhr vormittags, entfällt heute mein lieber Mann, unser guter Vater

**Paul Grünh**  
im 55. Lebensjahre.  
Charakterzüge: Reifer, Feilschlichte, 16.  
**Leokadia Grünh u. 6 Söhne.**  
Die Einäschung findet am Freitag, dem 5. Februar 1928, 10 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

**Auf Teilzahlung Herren-, Damen-Garderobe**  
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider

**MÖBEL**  
bis 18 Monatsraten

Schlaf-, Spal-, Herrenzimmern  
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten

**Aniel** Gr. Frankfurter Str. 34  
(Strausberger Platz).

**Eisen-Betten.**  
Kinderbetten, Stahlmatr., 6 Stk., an Priv.  
Kat. 2049r. Eisenmöbelfab. Suhl (Thür.)

**Zu noch niedrigeren Preisen**  
bringen wir

**Stores, Gardinen, Bettdecken**

Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 5,90, 7,50, 8,90 M.

Halbstores in allen Weibarten 1,75, 4,50, 8,50 M. — M.

Gardinen-Reste Einzelstücke zum halben Preis. — Einzelverkauf von 9-7 Uhr. —

**Spezial-Gardinen-Verkschäften**  
**Knechteln, Bergstr. 67**  
2. Stock, an Ringbahnhof  
Klein Loden

**Kompagnier-Radio-Anlagen**  
2-5 Köhnen Apparate mit Lautsprecher  
ALLERERSTE FABRIKATE

**3**

Sprechapparate v. 1.50 M. wöchentlich

**SHERLOCK-GESellschaft m.B.H. BERLIN**  
Hackescher Markt 2-3 (bei Norden 4191-93)

**Schaufenster-Tapete!**  
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.

**Sächsische Tapeten-Industrie,**  
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

**Bettfedern**  
nicht roh, sondern gründl. gereinigt (geee), farant. frei v. Krankheitserregern.  
Ropf a. Pfd. 0,50, 0,50, 1,40, 1,90, 2,90, 3,90, 4,90, 5,90, 6,90, 7,90, 8,90, 9,90, 10,90, 11,90, 12,90, 13,90, 14,90, 15,90, 16,90, 17,90, 18,90, 19,90, 20,90, 21,90, 22,90, 23,90, 24,90, 25,90, 26,90, 27,90, 28,90, 29,90, 30,90, 31,90, 32,90, 33,90, 34,90, 35,90, 36,90, 37,90, 38,90, 39,90, 40,90, 41,90, 42,90, 43,90, 44,90, 45,90, 46,90, 47,90, 48,90, 49,90, 50,90, 51,90, 52,90, 53,90, 54,90, 55,90, 56,90, 57,90, 58,90, 59,90, 60,90, 61,90, 62,90, 63,90, 64,90, 65,90, 66,90, 67,90, 68,90, 69,90, 70,90, 71,90, 72,90, 73,90, 74,90, 75,90, 76,90, 77,90, 78,90, 79,90, 80,90, 81,90, 82,90, 83,90, 84,90, 85,90, 86,90, 87,90, 88,90, 89,90, 90,90, 91,90, 92,90, 93,90, 94,90, 95,90, 96,90, 97,90, 98,90, 99,90, 100,90.

**H. Sannemann,**  
Berlin N., Rosenthaler Straße 9.

**Isdias**  
Häufiger seit 25 Jahren  
Dietmann A.-G., W 57  
Wochenendhäuser - Prospekt gratis  
Wald- u. Wamersparthen-Nachweis.

Fordern Sie sich in den Geschäften ausdrücklich den durch feinsten Geschmack ausgezeichneten

**Kapitän-Kaulabak** 15 P.  
**Kapitän-Kopenhagener** 20 P.  
Carl Röcker, Berlin NO, Lichtenberger Str. 22 (Kast. 206)

**Glaswaren**  
auch bis zu 12 Monatsraten

**Raddatz & Co.**  
Berlin, Lehniger-Str. 123-125.